

Viele Änderungswünsche für den Haushalt

CDU und SPD sehen für die kommenden zwei Jahre „Nachholbedarf“. Die zusätzlichen Kosten summieren sich auf rund 7,8 Millionen Euro. Die Stadt soll dafür die Vergnügungssteuer anheben

Von Marcus Schymiczek

Mehr Personal für den Ordnungsdienst, mehr „Mülldetektive“, aber auch mehr Geld für soziale Projekte wie auch für die freie Kulturszene: SPD und CDU gehen mit einer Reihe von Änderungsanträgen in die bevorstehenden Beratungen über den städtischen Doppelhaushalt 2020/2021.

Der Haushalt sei auch in den kommenden beiden Jahren „auf Kante genäht“. Viel zu verteilen gebe es also nicht, erklärten die Fraktionsvorsitzenden Ingo Vogel (SPD) und Jörg Uhlenbruch (CDU), als sie die Änderungswünsche der Öffentlichkeit vorstellten. Dennoch sähen ihre Fraktionen „Nachholbedarf“.

Allbau soll mehr Spielraum für

Investitionen in Stadtumbau erhalten

Die zusätzlichen Ausgaben summieren sich für 2020 auf rund drei Millionen Euro, für 2021 auf rund 4,8 Millionen Euro. Mehr Geld einnehmen soll die Stadt durch eine Erhöhung der Vergnügungssteuer. Der Steuersatz für Spielgeräte in Spielhallen soll dafür von 19 auf 22 Prozent angehoben werden, für Spielapparate in Gaststätten würden statt 16 Prozent dann 19 Prozent fällig. Die Steuererhöhung soll pro Jahr 1,4 Millionen Euro zusätzlich einspielen.

So soll der städtische Ordnungsdienst in den kommenden beiden Jahren um jeweils zehn Stellen auf-



Die Stadt soll laut SPD und CDU mehr Geld für Sicherheit, Soziales und Kultur ausgeben.

FOTO: KERSTIN KOKOSKA / FFS

gestockt werden, damit dieser auch „Tag und Nacht“ unterwegs sein kann. Weil Sicherheit und Sauberkeit zwei Seiten einer Medaille sind, sollen jene Orte in der Stadt, die immer wieder als wilde Müllkippen missbraucht werden, stärker überwacht werden – von städtischem oder fremdem Personal.

Der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes soll um acht Kräfte verstärkt werden. Der tragische Todes-

fall eines zweijährigen Jungen in Altenessen sei eine Warnung, so CDU-Fraktionschef Jörg Uhlenbruch. Der Vater ließ das Kind mutmaßlich verdursten. Das Service-Center der Stadtverwaltung soll schrittweise ausgebaut, die Schulsekretariate um fünf Stellen verstärkt werden. „Ein Anfang“, heißt es.

Zusätzliche Mittel soll die Stadt für soziale Projekte aufwenden: für das „Fliz-Mobil“ zur Gesundheits-

förderung, für die Notschlafstelle Raum 58 für obdachlose Jugendliche, für Aktivitäten der Jugendhilfe Essen in Altendorf. Dort wünschen sich SPD und CDU eine Gewaltprävention nach dem Vorbild des Aktionsbündnisses „Sicheres Altenessen“. Das Projekt „Quartiershausmeister“ von Caritas und SKF soll auf ganz Altenessen, Karnap und die nördliche Innenstadt ausgedehnt werden.

Mehr Radverkehr

■ Fördern wollen SPD und CDU auch den Radverkehr. Das Amt für Straßen und Verkehr soll dafür allerdings nicht mehr Geld für Investitionen erhalten. Etatmittel sollen **lediglich umgeschichtet** werden.

■ Die Ausgaben für den Bau von Radwegen an Hauptverkehrsstraßen sollen **verdoppelt** werden, Schulen sollen besser an Radwege angebunden werden.

■ An Verkehrsknotenpunkten soll die Stadt **mehr Fahrradboxen** aufstellen.

Die Zuschüsse für die freie Kulturszene wollen beide Fraktionen um 2,5 Prozent angehoben sehen, der jährliche Zuschuss für das Katakombentheater in Rüttenscheid soll auf 60.000 Euro angehoben werden, der für das Übehaus in Kray auf 30.000 Euro. Um die gleiche Summe soll das Budget der Ehrenamtagentur angehoben werden.

Nachholbedarf sehen SPD und CDU bei den Investitionen. So soll das Grundkapital des Allbau in den kommenden vier Jahren um bis zu zehn Millionen erhöht werden. Die Wohnungsgesellschaft soll dadurch mehr Spielraum für Stadtumbau-Projekte gewinnen.